

**Erläuterungen des Kreiskämmerers Udo Wasserfuhr
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2010
des Rheinisch Bergischen Kreises
am 10.12.2009**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

immer, wenn ich in einen neu gewählten Kreistag einen Haushaltsentwurf einbringe, stelle ich mir die Frage, wo fange ich an, wo höre ich auf mit der Darstellung von Zahlen, Daten und Fakten. Auch dieses Mal stand diese Frage wieder an, zum dritten Mal für einen neu gewählten Kreistag in meiner Zeit als Kämmerer. Ich möchte Ihnen heute von allem etwas bieten, vor allem auch einen kurzen Überblick darüber, womit sich der Kreis beschäftigt und wie viel Geld er dafür ausgibt. Es ist sozusagen ein Gemischtwarenladen, den ich Ihnen anbieten möchte und kein Supermarkt, wo wir aus vollen Regalen schöpfen können, aber das werden Sie gleich selbst feststellen. Es ist eher ein feiner Laden mit einem ausgewählten Sortiment, wo man persönliche Beratung bekommt und wo man im Notfall auch einmal anschreiben lassen kann.

Gestatten sie mir aber vorab einige Worte zur allgemeinen Situation. Herr Landrat Menzel hat eben auf die schwierige Lage der Kommunen in Folge des Finanzausgleiches und weg brechenden Steuereinnahmen hingewiesen. Die geringere finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene auf der einen Seite sowie die immer stärker auf die Kommunen und Kreise verlagerten Aufgaben von Bund und Land auf der anderen Seite lassen die Haushaltssituation eine dramatische Entwicklung nehmen. Es soll zu keiner Pflichtübung werden, an dieser Stelle eine umfassende Gemeindefinanzreform zu fordern; deswegen haben Sie diese Forderung von mir in den letzten 14 Jahren, und zwar zum Haushalt 2005, nur einmal gehört. Aber diesmal kommt die Forderung um so eindringlicher, denn sonst stehen alle Kommunen, und damit auch die Kreise, vor der Situation, dass nicht einmal das Notwendigste an Leistungen erbracht werden kann.

Im Haushalt 2010 des Rheinisch-Bergischen Kreises ist dies schon dramatisch sichtbar.

Die Wirtschaftskrise ist bei uns mit einiger Verzögerung angekommen und es wird für alle Beteiligten - Kreistag und Kreisverwaltung - schwierig, mit deutlich geringer werdenden Haushaltsmitteln unseren Bürgerinnen und Bürgern dennoch ein leistungsfähiges Angebot in allen Bereichen im kommenden Jahr zur Verfügung zu stellen. Und damit kommen wir zu unserem Sortiment, zu unseren Aufgaben.

Folie 2 - Wesentliche Ertragsarten

Sie sehen als erstes die Ertragsarten verteilt auf die Produktbereiche ohne die Allgemeine Finanzwirtschaft/Kreisumlage auf die ich im Verlauf meines Vortrages noch zu sprechen komme.

Gut zu erkennen ist, dass etwa 40% (rd. 20 Mio. €) der Erträge aus dem Produktbereich Soziales kommen, gefolgt von dem Bereich Sicherheit und Ordnung mit der Geschwindigkeitsüberwachung, den Gebühren im Straßenverkehrsamt und der Bekämpfung der Schwarzarbeit, um die größten Bereiche zu erwähnen, mit 22,9 % (ca. 11,5 Mio. €), Kinder-, Jugend- und Familienhilfe mit 15,4 % (ca. 7,6 Mio. €) sowie Beteiligungen mit 12 % (ca. 5,5 Mio. €).

Folie 3 - Wesentliche Aufwendungsarten

Auf dieser Folie sehen Sie, meine Damen und Herren, wofür der Rheinisch-Bergische Kreis die Haushaltsmittel verwendet.

Den finanziell größten Anteil am Gesamtaufwand stellen wiederum die Sozialaufwendungen mit 83 Mio. € = 37,2% dar. Hierzu gehören alle Leistungen im Rahmen des SGB II (besser bekannt als Hartz IV) und des SGB XII, im Wesentlichen also die Grundsicherung im Alter und für Erwerbsgeminderte sowie die stationären und ambulanten Pflegekosten.

Dann folgen die Allgemeine Finanzwirtschaft – einschließlich der Landschaftsverbandsumlage mit 50 Mio. € – mit 25%, die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe mit 9,4% (21 Mio. €) gefolgt von der inneren Verwaltung (17 Mio. €) mit einem Anteil

von 7,7% und der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung von 6,4% (14,3 Mio. €) am gesamten Aufwandsvolumen. Außerdem wären noch zu erwähnen die Aufwendungen im Verkehrsbereich, also ÖPNV und Kreisstraßenbau, mit einem Anteil von 4,8% (10,6 Mio. €).

Folie 4 - Eckdaten

Wie Herr Landrat Menzel bereits erwähnte, ist es beabsichtigt, die Kreisumlage nicht zu erhöhen. Sie verbleibt bei 44,60 Prozentpunkten. Die Jugendhilfeumlage soll um 0,43 Prozentpunkte angehoben werden und es wird derzeit davon ausgegangen, dass die Landschaftsverbandsumlage ebenfalls auf dem bisherigen Niveau verbleibt.

Die Kreisumlage, meine Damen und Herren, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den kommunalen Haushalten.

Darum möchte ich an dieser Stelle einige grundlegende Worte zum Verhältnis des Kreises zu den kreisangehörigen Kommunen einschieben. Wie Sie wissen, versucht der Rheinisch-Bergische Kreis seit vielen Jahren in Übereinstimmung mit den Kommunen seinen Haushalt zu planen. Wir verstehen uns als kommunale Familie in der der eine nicht auf Kosten des anderen leben sollte. Herr Landrat Menzel sprach eben von der moralischen Verantwortung gegenüber den Kommunen. Darum sind wir auch in der Vergangenheit in finanziell schwierigen Phasen freiwillig in ein Haushaltssicherungskonzept gegangen, um weitere Belastungen der gemeindlichen Haushalte durch Umlageerhöhungen zu vermeiden. Wir haben Mittel, die erwirtschaftet werden konnten oder zurückgeflossen sind, an die Kommunen weitergegeben. Diese bewährte Form des Miteinanders hat uns und den Kommunen bisher geholfen, gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger unserer Region ein umfassendes Leistungsspektrum anzubieten. Dies war insbesondere auch deshalb möglich, weil uns der Kreistag und damit Sie, meine Damen und Herren, hierin immer unterstützt habt. Ich habe mich als Kämmerer immer auf die übergreifende Fraktion "Finanzen" stützen können. Dafür danke ich Ihnen auch ganz persönlich und ich hoffe, dass diese Fraktion auch künftig Bestand hat.

Eine weitere Umlage, neben der Kreisumlage, ist die Jugendhilfeumlage. Da alle Kommunen mit mehr als 25.000 Einwohnern ein eigenes Jugendamt betreiben können, übernimmt der Kreis die Aufgaben der Jugendhilfe nur für die Kommunen Burscheid, Kürten und Odenthal. Die weiteren fünf Kommunen betreiben eigene Jugendämter. Die Jugendhilfe umfasst Aufgaben wie Tagesbetreuung für Kinder, Kinder- und Jugendschutz, Familienbildung, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Amtsvormundschaften, Vaterschafts- und Unterhaltsangelegenheiten, Jugendgerichtshilfen u.v.m.

Folien 5 + 6 - SGB II + SGB XII

Auf dieser Folie haben wir Ihnen die Erträge und Aufwendungen für die sozialen Leistungen des SGB II dargestellt.

Zu diesem Themenkomplex und den Auswirkungen der Haltung auf Bundesebene hat der Landrat eben ausführlich berichtet. Lassen Sie mich dennoch an dieser Stelle meine persönlichen Erfahrungen mit der Situation vor Ort einbringen. Als Vertreter des Kreises in der Trägerversammlung der K-A-S Rhein-Berg bin ich unmittelbar in das "Hüh" und "Hot" um die Argen involviert. Wir haben in den letzten 3 Jahren mit erheblichem Kraftaufwand versucht, die immer wieder auftauchende Verunsicherung der Menschen aufzufangen. Dies ist uns auch Dank des hohen persönlichen Einsatzes der Geschäftsführung, der Geschäftsstelle und aller Kolleginnen und Kollegen in den Kundencentern gut gelungen. Bei dem derzeitigen Stand der Überlegungen auf Bundesebene würde dieses alles mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, allerdings auch als Schlag ins Gesicht aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und letztlich auch zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger zunichte gemacht. Alles andere hat Herr Landrat Menzel bereits ausführlich geschildert.

Zurück zu unseren Zahlen:

Aufgrund der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung steigen die Aufwendungen im Bereich des SGB II und XII stetig an. Beliefen sich die Aufwendungen alleine im Bereich des SGB II im Jahr 2008 noch auf 42,6 Mio. €, so steigen sie im Jahr 2010 bereits auf 46,4 Mio. €. Gleichzeitig zieht sich der Bund aus der Beteiligung an den Kosten der Unterkunft weiter zurück. Die Beteiligung des Bundes wur-

de für das Jahr 2007 auf 31,2 % festgesetzt. Das waren 12,6 Mio. €. Für das Jahr 2010 ergibt sich trotz steigender Bedarfsgemeinschaften (2008 = 8.555; 2010 = 9.432) nur noch ein Beteiligungssatz von 23,0 %. Dies entspricht etwa 10 Mio. € und liegt somit 2,6 Mio. € niedriger als 2007.

Lagen die Erstattungen im Jahr 2007 noch bei insgesamt 18,5 Mio. € so liegen sie 2010 nur noch bei 15,9 Mio. €. Die Schere geht zu Lasten der Kommunen stetig weiter auseinander.

Auch im Bereich des SGB XII ist eine kontinuierliche Kostensteigerung zu verzeichnen. Alleine in diesem Bereich ergeben sich gegenüber dem Jahr 2009 um 3,3 Mio. € höhere Aufwendungen. Hier schlagen insbesondere die Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen zu Buche.

Folie 7 - ÖPNV

Im Rahmen der Neuorganisation verschiedener Abteilungen in der Kreisverwaltung bestand die Gelegenheit im Bereich des ÖPNV, die Fach- und die Finanzverantwortung zusammenzulegen und dies wird erstmals auch im Haushaltsplanentwurf für 2010 dargestellt. Um den mit der Bestellung des ÖPNV verbundenen finanziellen Aufwand nicht nur in Zahlen darzustellen, sondern auch gleichzeitig zu zeigen, welche Verkehrsleistungen damit bewirkt werden, wird im Rahmen der zielbezogenen Kennzahlen dargestellt, welche Verkehrsunternehmen in welchen Bereichen fahren, wie hoch die damit verbundene Fahrleistung ist und auf welcher Grundlage die Verkehrsleistungen erbracht werden. So können Sie erstmals ablesen, ob ein Verkehrsunternehmen durch den Rheinisch-Bergischen Kreis direkt betraut ist oder ob Vereinbarungen mit anderen Aufgabenträgern/Verkehrsunternehmen abgeschlossen wurden. Mit dieser differenzierten Darstellung konnte für 2010 eine Transparenz der Aufwendungen im ÖPNV erreicht werden.

Folie 8 - Kreisumlagenhebesätze

Wie schon einleitend erwähnt, soll die Kreisumlage im Jahre 2010 unverändert bei 44,6 Prozentpunkten verbleiben. Wenn Sie sich folgende Grafik anschauen, erkennen Sie, dass die Kreisumlage in den letzten 3 Jahren auf diesen Satz von 44,6 verstetigt und zuvor in den Jahren 2006 und 2007 jeweils gesenkt wurde. Das, meine Damen und Herren, ist jedoch nicht das bemerkenswerteste an dieser Folie. Werfen Sie Ihren Blick einmal auf die gelben Säulen. Dahinter verbirgt sich die Kreisumlage, bereinigt um die Sozialleistungen aus dem SGB II und dem SGB XII, die bis zum Jahre 2005 jedenfalls zu größten Teilen in den kommunalen Haushalten finanziert worden sind und auf die wir, wie eben schon gehört, nur marginale Einflussmöglichkeiten haben. Diese, ich bezeichne sie mal als originäre Kreisumlage wurde von 31,7 Prozentpunkten in 2005 auf 25,16 Prozentpunkte im Jahre 2010 abgesenkt. Das sind über 6,5 Prozentpunkte Senkung, die aber durch die gestiegenen Sozialausgaben aus dem SGB II und dem SGB XII wieder aufgeessen werden. Daran erkennen Sie, dass unser Finanzierungsproblem nicht hausgemacht ist, sondern in den eben dargestellten Transferaufwendungen und der reduzierten Bundesbeteiligung begründet ist.

Folie 9 - 1. + 2. Proberechnung

Die Steuerkraft der einzelnen Kommunen, also Grundsteuer, Gewerbesteuer und Anteile an der Einkommensteuer und die Schlüsselzuweisungen des Landes bilden die Umlagegrundlagen zur Erhebung der Kreisumlage. Sie sehen hier in der ersten Zeile, dass diese Umlagegrundlagen von 2009 um über 4,4 Mio. € sinken. Bei gleich bleibendem Kreisumlagesatz von 44,6 Prozentpunkten macht das fast 2 Mio. € weniger an Kreisumlageaufkommen aus. Die Schlüsselzuweisungen, die der Kreis vom Land bekommt, sinken ebenfalls, und zwar um 2,3 Mio. €. In der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes reduziert sich die Umlage - wir unterstellen dass der Landschaftsverband seinen Umlagesatz in 2010 ebenfalls unverändert hält - um 1 Mio. €, so dass im Ergebnis 3,2 Mio. € an Einnahmen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz weg brechen.

Diese Entwicklung bewirkt, dass die Kommunen mit immer weniger Finanzmasse bei ständig steigendem Aufgabenvolumen zurechtkommen müssen. Das kann - wie sich in den letzten Jahren immer mehr zeigt - nicht gut gehen.

Der Regierungspräsident hat mehrfach die Auffassung vertreten, dass die Kreise und Kommunen kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem haben.

Wie er im Angesicht dieser hier präsentierten Zahlen zu dieser Auffassung kommt, erschließt sich mir nicht.

Folie 10 - Leistungen der Jugendhilfe

Der Jugendhilfesatz für die 3 Kommunen Kürten, Burscheid und Odenthal wird - wie bereits schon erwähnt - um 0,43 Prozentpunkte auf 24,87 % erhöht. Warum sich die Aufwendungen in der Jugendhilfe von Jahr zu Jahr gesteigert haben, liegt u. a. an einem gesellschaftspolitischen Problem.

Immer mehr Familien benötigen bei der Erziehung ihrer Kinder Hilfe. Die Fallzahlen haben sich von 2001 bis 2010 mehr als verdoppelt.

Auch wenn die Kolleginnen und Kollegen aus dem Jugendamt all ihre Kräfte daran setzen, die mit erheblichen Kosten verbundenen stationären Fälle zu vermeiden und nach dem Grundsatz handeln "ambulant vor stationär", ist es dennoch nicht zu verhindern, dass auch im stationären Bereich Fallzahlensteigerungen (2001 - 48 Fälle; 2010 - 98 Fälle) zu erheblichen Kostensteigerungen führen.

Die Kosten steigen von 17 Mio. € in 2008 auf 19 Mio. € in 2010.

Folie 11 - Investitionen

Ich lasse diese Folie der Investitionen einmal in meinem Rücken stehen und werde mit einem kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr nur auf die erste Position eingehen. Die übrigen Investitionen, die auf der Folie stehen, sind selbsterklärend.

Im vergangenen Jahr habe ich an dieser Stelle ein mögliches Investitionsvolumen von ca. 65 Mio. € und Fördermittel von bis zu 55 Mio. € im Rahmen der Regionale 2010 angekündigt. Diese Projekte der Regionale 2010 werden nun - wie schon vom Landrat dargestellt - ebenfalls von der allgemeinen Finanzkrise erfasst. Selbst bei einer Förderung der Projekte von bis zu 80% müssen die kommunalen Eigenanteile in den Haushalten der Städte und Gemeinden und im Kreishaushalt aufgebracht werden. So stellt sich nun die Situation dar, dass nicht alle Regionale 2010-Projekte in vollem Umfang umgesetzt werden können und wir, aber auch unsere Kommunen,

Prioritäten setzen müssen. Dennoch bleibe ich bei dem, was ich bereits vor einem Jahr gesagt habe:

Die Regionale 2010 ist das Strukturprogramm des Kreises und eine Investition in die Zukunft der Region. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, den Kreis - sprich unsere Region - attraktiv und leistungsfähig zu machen. Der Kreis sieht auch an dieser Stelle eine Verpflichtung gegenüber den Kommunen und der Region. Wir haben daher Mittel für Regionale-Projekte eingestellt, in der festen Überzeugung, dass Sie dies auch im nächsten Jahr noch mittragen werden.

Auf den Strategieprozess RBK 2020 ist Herr Landrat Menzel bereits ausführlich eingegangen. Ich möchte an diese Ausführungen anknüpfen und Ihnen einige weitere Aktivitäten vorstellen, die in den Jahren 2008/2009 auch mit der Unterstützung des Kreistages angestoßen wurden und das Zukunftsprogramm ergänzen.

Im Rahmen des Strategieprozesses investieren wir mit dem Projekt Freizeitwegenetz/ Reitwegenetz in die Infrastruktur, die zukünftig Geld in den Kreis bringen soll und die sich in das touristische Konzept der Naturarena einfügt.

Das touristische Gesamtkonzept wird durch das EFRE-Wanderprojekt „Wege durch die Zeiten“ erheblich aufgewertet. Vielleicht haben Sie der Presse entnommen, dass zwischenzeitlich der Regierungspräsident einen Förderbescheid in Höhe von knapp 1,7 Mio. € überreichte. Die eigens für dieses Projekt gegründete gemeinnützige Gesellschaft „Das Bergische“ steckt bereits in der Umsetzung des Konzeptes. Der verbleibende Eigenanteil wird entsprechend den politischen Beschlüssen vom Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Oberbergischen Kreis und dem Naturpark Bergisch Land getragen.

Ein weiteres Thema der Infrastrukturentwicklung ist die flächendeckende Versorgung mit leistungsstarken Internetverbindungen. Kurz gesagt „Breitband-Versorgung“.

Seit einem Jahr beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe aus kommunalen Wirtschaftsförderern, Planern und Vertretern der Kreis- und Regionalentwicklung mit diesem Thema. Wir haben eine umfassende Bestandsaufnahme der Versorgungsgrade mit Breitband-Internet in den einzelnen Ortschaften und Wohnquartieren abgeschlossen, ein Hearing mit Fachleuten unter Beteiligung aller Gemeinden und Städte un-

seres Kreises durchgeführt und erste Gespräche mit Telekommunikations-Anbietern geführt.

In einem nächsten Schritt werden wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie (unter externer Begleitung), herausarbeiten, wie wir möglichst schnell zu einer flächendeckenden Versorgung mit Breitband-Internet kommen. Diese Versorgung wird nach allgemeiner Auffassung – und der schließe ich mich an - in Zukunft die gleiche Bedeutung für die Entwicklung eines Kreises haben, wie die altbekannten Infrastrukturen Straßen, Schulen, Kultur oder ÖPNV.

Folie 12 - Wesentliche Veränderungen

Nach den Eckdaten des Haushaltes sehen die wesentlichen Veränderungen demnach so aus:

Im Sozialbereich werden für SGB II 1,8 Mio. € und im SGB XII 3,3 Mio. € mehr benötigt. Der Personaletat wird um 400.000 € gesenkt. Nach der 2. Proberechnung erhält der Rheinisch-Bergische Kreis nach dem GFG 3,2 Mio. € weniger.

Es ergibt sich somit eine Verschlechterung von insgesamt rd. 8,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.

Folie 13 - Gesamtergebnisplan 2009-2010

Alles, was wir bisher gehört haben, kann wie folgt zusammen gefasst werde:

Im Jahre 2009 hatten wir einen ausgeglichenen Haushalt - sie sehen die Zeile 22 dieser Folie -. Das ordentliche Ergebnis in 2009 läuft lt. Plan auf eine schwarze Null. Im Jahre 2010 haben wir bei einem Haushaltsvolumen von rd. 222 Mio. € ein Defizit von knapp 8 Mio. €; folglich eine Verschlechterung vom Jahr 2009 auf 2010 von eben diesen knapp 8 Mio. €. Welche Auswirkungen hat dies nun auf die Mittelfristige Finanzplanung und den strukturell erforderlichen Haushaltsausgleich?

Folie 14 - Finanzplanungszeitraum 2010 – 2013

Deshalb gebe ich Ihnen in der folgenden Folie einen Ausblick auf den Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2013. Die hier dargestellten Entwicklungen sind in der Tat besorgniserregend. Sie sehen den Ansatz 2010 mit knapp 8 Mio. € Defizit. Im Jahre 2011 kommen 17 Mio. €, im Jahr 2012 16 Mio. € und im Jahr 2013 rd. 15 Mio. € hinzu. Das macht über diesen Finanzplanungszeitraum von 4 Jahren einen Fehlbedarf von insgesamt 57 Mio. € aus. Zum Ausgleich können wir - wie der Name sagt - die Ausgleichsrücklage heranziehen. Dort befinden sich 36 Mio. €. 2012 wäre die Ausgleichsrücklage damit aufgebraucht und wir hätten im Jahr 2012 trotzdem noch 6 Mio. € Fehlbedarf und 2013 die rd. 15 Mio. € Fehlbedarf. Damit müssten wir dann auch noch die allgemeine Rücklage von 71 Mio. € angreifen, was Eigenkapitalverzehr in schärfster Form bedeuten würde. Damit sind die gesetzlichen Voraussetzungen für den Weg in ein Haushaltssicherungskonzept erfüllt.

Das Haushaltssicherungskonzept wird einschneidende Maßnahmen mit sich bringen, über die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen befinden müssen. Die Organisationseinheiten in unserem Haus sind seit Anfang November dabei, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten. Hier und heute und insbesondere vor Weihnachten möchte ich Sie mit Details zunächst nicht weiter belasten. Das verwahren wir uns für den Januar, sozusagen als Start in das neue Jahr. In diesem neuen Jahr 2010, das sei zumindest am Rande erwähnt, werden wir Ihnen keine Beförderungen vorschlagen. Ein Haushaltssicherungskonzept erfordert für die Beamtinnen und Beamten unseres Hauses eine Beförderungssperre von 12 Monaten.

Damit komme ich zum Schluss und ich bemerke einige nachdenkliche Gesichter. Die kommenden Jahre sehen nicht rosig aus. Wir haben es in der Vergangenheit auch in schwierigen Situationen, dadurch, dass wir frühzeitig oder besser gesagt rechtzeitig die Bremse gezogen haben, geschafft, uns noch Handlungsspielräume zu erhalten, die in anderen Kreisen und Kommunen zumindest in dieser Form nicht mehr vorhanden waren. In 2010 bin ich im 14. Jahr Kämmerer, aber so katastrophal, insbesondere mit Blick auf den Finanzplanungszeitraum, war die kommunale Finanzsituation noch nie. Vielleicht greift ja der Konsolidierungsplan der Bundesregierung, der durch Absenken von Staatseinnahmen Impulse für die Wirtschaft setzen und die Steuerquellen wieder sprudeln lassen soll. Auf dieses Prinzip Hoffnung müssen wohl auch wir setzen, denn ansparen gegen 57 Mio. € hält wohl der größte Optimist nicht für möglich.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, diese gemeinsamen Herausforderungen konstruktiv angehen. Im vergangenen Jahr sagte ich: "Sie haben bei besonders zukunftsweisenden Entscheidungen stets den Schulterchluss im Interesse der Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis vollzogen." Dies gilt in der heutigen Situation mehr denn je. Lassen Sie uns gemeinsam nach vorne blicken und vielleicht sehen wir selbst in diesem dunkelsten Tunnel am Ende noch Licht und müssen in unserem feinen Laden nicht dauerhaft anschreiben lassen.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen für die tatkräftige Unterstützung bei der Haushaltsaufstellung und den ersten HSK-Vorbereitungen und Ihnen meine Damen und Herren, dass sie mir so lange zugehört haben.

Die Unterstützung dieses Hauses für die anstehenden Haushaltsberatungen biete ich Ihnen wie auch in der Vergangenheit ausdrücklich an und bin sicher, ich spreche da für alle Bereiche und die Kämmerei.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Zeit und frohe Weihnachten.